

## Umkleiden ist Arbeitszeit! Zwischenbilanz und Ausblick

# Ein Jahr Kampagne

**Vor einem Jahr hat der VPOD Zürich die Forderung gestellt: Umkleiden ist Arbeitszeit! Ein Jahr später zog der VPOD an einer Medienkonferenz eine Zwischenbilanz: Der Grundsatz wird heute kaum mehr bestritten, aber er wird auch nicht umgesetzt. Der VPOD prangert den Vollzugsnotstand an.**

Das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco, der Regierungsrat des Kantons Zürich, von St. Gallen und von Baselland sowie viele Gutachten bestätigen, was der VPOD schon lange sagt: Betrieblich verordnetes Umkleiden ist als Arbeitszeit anzurechnen. Aber erst drei Spitäler im Kanton Zürich haben dies anerkannt und umgesetzt: die Schulthess-Klinik, das Kinderspital Kispil und das Universitätsspital Zürich USZ.

**VPOD-Sekretär Roland Brunner** prangert den Vollzugsnotstand an: «Die Spitäler im Kanton Zürich bauen ständig neue Luxusbettenhäuser, geben Millionen für neue Logos und Werbung aus und auch sonst scheint ihnen nichts teuer genug zu sein. Dem Personal der meisten Spitäler wird aber weiterhin jedes Jahr zwei Wochen Arbeitszeit geklaut, weil die Umkleidezeit nicht angerechnet wird.» Gemäss seinen Berechnungen beläuft sich die nicht angerechnete Umkleidezeit alleine im Kanton Zürich auf rund 1340000 Arbeitsstunden pro Jahr! «So viel schenken die Spitalangestellten, die sich im Betrieb umkleiden müssen, ihrem Spital. Oder besser gesagt: So viel klauen die Spitäler ihren Angestellten bisher jedes Jahr.» Das Arbeitsinspektorat des Kantons Zürich und das Amt für Wirtschaft und Arbeit AWA müssten hier endlich entschieden handeln und das Arbeitsgesetz durchsetzen.

Am Kispil erfolgt die Umsetzung unter Einbezug des Personals und seiner Verbände. Eine erste Evaluation hat stattgefunden und Probleme aufgezeigt. Diese werden nun gemeinsam weiterbearbeitet. Am USZ hingegen hat die Direktion gegen den klar deklarierten Widerstand des Personals und seiner Verbände von oben herab eine Umsetzung beschlossen, die am 1. August in Kraft gesetzt wurde. Das Personal wehrt sich dagegen und der VPOD hat beim Arbeitsinspektorat des Kantons Zürich Anzeige gegen das USZ und andere Spitäler eingereicht.

**Nadine Constantin, Dipl. Pflegefachfrau HF, NDS Intensivpflege**, listete die Kritikpunkte auf und stellte fest: «Als Spitalangestellte und Pflegefachleute stellen wir die Patient\*innen in den Mittelpunkt. Die Umsetzung der gesetzlich als Arbeitszeit festgelegten Umkleidezeit darf nicht auf Kosten der Pflege, also von Personal und Patient\*innen geschehen.» Auch der Personalausschuss des USZ und die Angestellten einzelner Abteilungen haben mit Schreiben gegen die beschlossene und in Kraft gesetzte Anrechnung der Umkleidezeit Stellung genommen. Erika Ziltener, Leiterin der Patientenstelle Zürich, hält fest, diese Umsetzung erfolge auf Kosten des Personals und damit auch der Patient\*innen.

**Rechtsanwalt Markus Bischoff**, der den VPOD bei den Lohnklagen für die Umkleidezeit vertritt, hält fest: «Sowohl im öffentlichen als auch im privaten Arbeitsrecht gilt der Grundsatz, dass die Zeit, während welcher man sich zugunsten des Arbeitgebers zur Verfügung halten muss und nicht über seine Freizeit verfügen kann, als Arbeitszeit gilt. Weil das Umkleiden in den Spitälern vorgeschrieben und im Interesse des Arbeitgebers ist, hat die Umkleidezeit als Arbeitszeit zu gelten.»

**Elvira Wiegers, Zentralsekretärin des VPOD für den Bereich Gesundheit**, stellte die Kampagne «Umkleiden ist Arbeitszeit!» in den nationalen Kontext und reihte sie ein in eine breitere Thematik. Sie hält fest: «Viele Gesundheitsberufe gelten als typisch weibliche Berufe und gehören häufig nicht zu den bestbezahlten Jobs. Gerade in diesem Kontext ist es ein doppelter Skandal, dem vorwiegend weiblichen Personal jährlich bis zu einem halben Monatslohn vorzuenthalten.»

Der VPOD fordert die Anrechnung der Umkleidezeit aber nicht nur für Spitäler, sondern für alle Betriebe und Branchen, in denen eine Umkleidepflicht besteht. Entsprechend hat der VPOD alle Städte und Gemeinden des Kantons Zürich angeschrieben, um in den kommunalen Betrieben (Alters- und Pflegeheime usw.) für die Durchsetzung des Rechts zu sorgen. Auch das Arbeitsinspektorat des Kantons Zürich und das Amt für Wirtschaft und Arbeit AWA wurden aufgefordert, ihrer Pflicht nachzukommen, die Einhaltung des Arbeitsgesetzes zu überwachen und wo nötig durchzusetzen.

Duri Beer/Roland Brunner

## Kollektiv gefordert – kollektiv erreicht

# Ein neues besseres Lohnsystem

Über 4000 städtische Mitarbeitende haben 2012 beim Stadtrat eine Petition eingereicht zur Verbesserung des Lohnsystems: keine Vorgaben mehr durch eine Gauss'sche Kurve, Entkopplung zwischen Lohnerhöhung und Beurteilung, und auch langjährige Mitarbeitende mit mehr als 15 Jahren nutzbarer Erfahrung sollten wieder profitieren. Eine entsprechende Motion fand 2015 im Gemeinderat eine Mehrheit, so dass der Stadtrat in Zusammenarbeit mit dem VPOD ein neues Lohnsystem ausarbeiten musste. Dieser Vorschlag liegt nun vor und wurde dem Gemeinderat überwiesen.

Einmal mehr wurde klar, dass die Arbeitnehmerschaft vereint und gemeinsam **stärker** ist! Dank der VPOD-Mitglieder wird in der Stadt Zürich bald ein neues, besseres Lohnsystem eingeführt, wenn der Gemeinderat grünes Licht gibt.

Duri Beer

# Nationale Wahlen 2019: VPOD Kandidat\*innen wählen!

**Die Schweiz wählt – und wir hoffen auf einen Linksrutsch, um in Bern endlich die bürgerliche Spar- und Abbaupolitik zu überwinden, mehr Frauen im Parlament zu sehen und den Umweltschutz endlich umzusetzen.**

Katharina Préliz-Huber ist seit 2010 Präsidentin des VPOD. Sie kandidiert für den neuerlichen Einzug in den Nationalrat.

## Katharina, warum gehören Klimastreik und Frauenstreik zusammen?

Im Klima- wie im Frauen\*streik geht es um unsere Zukunft, die wir in einer gleichgestellten, sozial und ökologisch nachhaltigen Welt erleben wollen. Der Klimastreik fokussiert auf eines der drängendsten Probleme der Welt, die Klimaveränderung. Der VPOD hat bereits in den 70er Jahren erkannt, dass Atomkraft eine tödliche Energie ist und deshalb ausgestiegen werden muss. Später hat er vehement gegen die Strommarkt-Liberalisierung gekämpft, weil nicht einige Private Macht über eines der Grundbedürfnisse der Menschen, die Energie, haben darf. Ergreifen wir nicht jetzt griffige Massnahmen gegen die Klimakatastrophe, wird ein Leben in Würde, ein zentrales Anliegen der Gewerkschaften, für Millionen von Menschen nicht mehr gewährleistet sein, weil Dürre, Wassermangel, Sturmfluten, Erdbeben oder die Erhöhung des Meeresspiegels die Lebensgrundlage unwiderruflich zerstört hat. Gerechnet wird mit 400 Millionen bis 2050, die zur Flucht gezwungen würden. Das darf nicht sein!

Der Frauen\*streik fokussierte auf die Ungleichheit zwischen Frau und Mann. Da aber Frauen speziell betroffen sind von den Folgen der Klimakatastrophe, wurde ein aktiver Klimaschutz ebenso vehement gefordert wie die Aufwertung der Care-Berufe. Einerseits, weil es die Frauen sind, die für die Reproduktion des Lebens zuständig sind und grossmehrheitlich die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit von Kindern, Alten und kranken Menschen leisten. Andererseits



sind sie es weltweit mehrheitlich, die landwirtschaftlich tätig sind und das Rückgrat der kleinbäuerlichen Familien bilden.

## Welche Chancen bieten sich dem VPOD in den nächsten Jahren?

Der VPOD vertritt neben dem «klassischen» Engagement für gute Arbeitsbedingungen und Löhne die Anliegen der Klimajugend. Wir beide wollen eine gerechte, soziale und nachhaltige Welt, Gleichstellung, Chancengleichheit und einen starken Service public. Auch wir setzen auf aktives Engagement der Mitglieder, demokratische Entscheidungswege und Streik als Aktionsform. Wir wissen um die Kraft des gemeinsamen Engagements und der Solidarität und haben viele Erfolge aufzuweisen mit unserem

Kampf für bessere Bedingungen für Arbeitnehmende und eine sozialere Schweiz. Unser Kampf gegen unsoziale Freihandelsabkommen wie TiSA, die speziell dem globalen Süden schaden, gegen Privatisierungen u.a. von Wasser, unser früherer Ausstieg aus den AKWs ist der Kampf der Klimajugend mit ihrem Slogan «Klimagerechtigkeit jetzt!» Aber auch unser persönliches Engagement bspw. für einzelne Mitglieder, für ausländische Gewerkschafter\*innen

oder für Sans-Papiers und ihr Recht auf Bildung trifft den Nerv der Jugend. Diese Botschaft zu platzieren, ist eine grosse Chance, engagierte junge Menschen beim VPOD anzubinden.

## Was kann Zürich dazu beitragen?

Wir leben zum Glück in einem direkt-demokratischen und föderativen System, das auch den Kommunen und Kantonen viel Entscheidungsfreiheit lässt. Zudem haben wir aktuell in der Stadt erfreulicherweise eine rot-grüne Mehrheit, die für eine soziale und ökologische Stadt sorgen muss. Internationale Rankings bescheinigen uns eine hohe Lebensqualität. Die Zürcher Bevölkerung hat bspw. eine Grüne-Initiative gutgeheissen, die eine 2000-W-Gesellschaft erreichen will. Nun ist die Stadt daran, diese Forderung umzusetzen. So müssen bspw. Gebäude isoliert, Warmwasser und Heizung mit erneuerbarer Energie ausgestattet, Velowege und der öV weiter ausgebaut und Grünräume erhalten und erweitert werden. Gleichzeitig müssen wir für genügend erschwinglichen Wohnraum – nicht einfach bei so wenig Boden, den die Stadt besitzt! – für den sozialen Ausgleich und für vorbildliche Arbeitsbedingungen sorgen. Wir versuchen, eine «City Card» für alle Stadtzürcher Bewohner\*innen inkl. Sans-Papiers und wenigstens das kommunale Ausländer\*innen-Stimm- und Wahlrecht zu erreichen.

## VPOD-Kolleg\*innen nach Bern

### Wählt VPOD!

48 VPOD-Mitglieder kandidieren auf den sieben Listen der SP, Grüne, AL und PdA. Wir schlagen vor, möglichst viele davon mindestens einmal auf deine Liste zu setzen.

**In den Ständerat:**  
**Daniel Jositsch, SP, Zürich (bisher)**

**in den Nationalrat:**  
[https://zuerich.vpod.ch/news/2019/2019-09-01\\_wahlen19/](https://zuerich.vpod.ch/news/2019/2019-09-01_wahlen19/)

## Agenda

**Sonntag, 20. Oktober 2019**  
National- und Ständeratswahlen  
s. Wahlempfehlung VPOD wählen

**Montag, 4. November 2019, 18.30–21.00 Uhr**  
Crashkurs «Fight for your rights» im Gesundheitsbereich  
VPOD-Zentralsekretariat  
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich

**Dienstag, 5. November 2019, 18.30–21.00 Uhr**  
Crashkurs «Fight for your rights» im Gesundheitsbereich  
VPOD-Zentralsekretariat  
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich

**Freitag/Samstag, 8./9. November 2019**  
VPOD-Kongress  
St.Gallen

**Montag, 11. November 2019, 18–20 Uhr**  
Treffen Frauenforum  
VPOD-Zentralsekretariat  
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich

**Dienstag, 19. November 2019, 19 Uhr**  
VPOD Zürich, Sektion Stadt und Institutionen,  
Delegiertenversammlung  
VPOD, Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich

**Mittwoch, 20. November 2019, 10–16 Uhr**  
Schweizer Psychiatrie als Arbeitsort:  
Herausforderungen und Chancen  
Weiterbildung  
VPOD, Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich

Details und weitere Veranstaltungen im  
Kalender unter [zuerich.vpod.ch](http://zuerich.vpod.ch)

## Verbesserte Governance gefordert

Im neuen Projekt des MBA geht es um die Klärung und Aktualisierung der Rollen der verschiedenen Akteure im Hinblick auf die Steuerung, Führung und Kontrolle der Sekundarstufe II.

Was sich in Konflikten zwischen Lehrpersonen und RektorInnen zeigt, ist eine Überforderung der RektorInnen hinsichtlich ihrer Führungsaufgaben. Es treten Lehrpersonen an den VPOD heran, die beispielsweise während Jahren einen zugesicherten Beschäftigungsgrad haben, der weit unter dem effektiv gearbeiteten Pensum liegt. Dies sehen wir sowohl an Berufs- als auch an Mittelschulen.

Dieser Missstand ist auch dem MBA klar, spätestens seit den Massentlassungen an diversen Berufsfachschulen. Bei der Erstellung der Sozialpläne wurde die Diskrepanz zwischen zugesichertem und auszuführendem Pensum deutlich. Diese Diskrepanz bestand zum Teil massiv und über mehrere Jahre hinweg.

### Fehlendes Wissen, keine Wertschätzung und Kontrolle

Die Massentlassungen haben gezeigt: Es fehlt nicht nur das rechtliche Wissen, sondern auch der Wille, sich dieses zu beschaffen. Die Kommunikation lief schlecht, es fehlten die allgemeine Wertschätzung sowie Anerkennung und Empathie für die Situation der Lehrpersonen, die gerade im Begriff waren entlassen zu werden.

Wenden sich Lehrpersonen bei anhaltenden Konflikten mit der Schulleitung an die Schulkommissionen, zeigt sich ein weiteres Problem: Diese sind kaum so ausgestattet, dass sie die Aufsichtsfunktion, die sie innehaben, ausführen könnten. Sie sind meist zu weit weg vom Schulalltag und, aus pragmatischen oder politischen Gründen, zu nah an der Schulleitung.

### Das Projekt Governance wirft durchaus Fragen auf, die für den VPOD zentral sind:

- Welche Kompetenzen braucht eine Person, um eine Schule zu führen? Führung hinsichtlich Personal, Finanzen, Organisation und Pädagogik.

### Zur Abstimmung über das Steuergesetz

## Grosse Vorbehalte

44 Prozent haben im Kanton Zürich gegen die ungerechte Steuervorlage gestimmt – und damit gegen alle bürgerlichen Parteien und die Regierung (SVP, FDP, GLP, CVP, EVP, EDU, Zürcher Handelskammer, Gewerbeverband, Gemeindepräsidentenverband). Chapeau!

SP, Grüne, AL und Gewerkschaften erreichten mit ihrer Kampagne gegen die ungerechte Steuervorlage einen Nein-Anteil von 44%! Das ist beachtlich. In den grossen Städten Zürich und Winterthur haben fast alle Stadtkreise die Vorlage abgelehnt! In der Stadt Zürich gab es sogar eine knappe Nein-Mehrheit gegen das Steuergesetz.

Trotzdem fordert die FDP schon ein paar Minuten nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses weitere Steuersenkungen! Frecher geht nimmer. Da ist selbst Regierungsrat Stocker vorsichtig: Hinsichtlich des zweiten Senkungsschritts der Gewinnsteuer stellte er eine Form eines sozialen Ausgleichs in Aussicht ähnlich wie in anderen Kantonen. Wie dieser genau aus-

- Wie ist die Zuständigkeit zwischen Schulleitung und Schulkommission abzugrenzen? Was braucht es, damit die Schulkommission ihre Aufsichtsfunktion ausüben kann?
- Welche Instrumente braucht es, damit das MBA seine Kontrollfunktion wahrnehmen und durchsetzen kann? Wie ist sichergestellt, dass bei griffigen Sanktionsmöglichkeiten die Autonomie der Schule gewahrt bleibt?
- Sind die Regelungen zur Bestellung der Organe zeitgemäss? Ist es an der Zeit, die Amtszeitbeschränkungen zu überdenken? Wie kann das Auswahlverfahren von RektorInnen gestaltet werden, damit es mit dem heutigen Datenschutz kompatibel ist?

Der VPOD begrüsst es grundsätzlich, dass das MBA mit der grossen Kelle rührt und wird sich dafür einsetzen, dass mit dem Projekt Governance kein Demokratieabbau einhergeht.

Anna-Lea Imbach

*Möchtest du dich einbringen? Dann melde dich direkt bei Anna-Lea Imbach.*

### Zwischenbilanz:

## Studie zur Arbeitszeiterfassung des MuV.vpod

Von August 2018 bis und mit August 2019 lief die Arbeitszeiterfassung für unsere Studie der Musiklehrberufe. Es erfassten rund 60 Berufskolleg\*innen ihre Arbeitszeiten.

Auch die Musikschulen haben sich an der Studie beteiligt. So konnten wir von einigen Schulen anonymisierte Durchschnittsdaten zum Personal erhalten. Wir bedanken uns nochmals auf diesem Weg für den Einsatz aller Beteiligten. Gemeinsam mit dem Forschungsinstitut gfs geht es nun an die Auswertung der Daten. Mit den Ergebnissen werden wir eine solide Grundlage haben, um für Verbesserungen im neuen Berufsauftrag zu argumentieren.

Aktuelle Informationen unter [www.muv.ch](http://www.muv.ch)

sehen soll, konnte Stocker noch nicht sagen. «Es ist momentan erst ein Gedanke.» Sicher sei, dass man die weiteren Schritte noch einmal gut anschauen müsse.

Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich GBKZ schreibt in seiner Medienmitteilung: «Die Gewerkschaften, welche zu den treibenden Kräften im Bündnis gegen die ungerechte Steuervorlage gehörten, sehen keinen Raum für eine weitere Gewinnsteuersenkung.» GBKZ-Präsident Markus Bischoff meint: «Ernst Stocker hat jetzt schon das Vertrauen eines Teils seiner Basis verloren. Mit einer weiteren Gewinnsteuersenkung wird er sich nicht durchsetzen können.»

Die SP ihrerseits hält fest: «Im Abstimmungskampf versprochen die Befürworter der Steuervorlage 17 um Finanzdirektor Stocker der Bevölkerung, dass es weder zu Steuererhöhungen noch zu Leistungsabbau kommen werde. (...) Dass die Ausfälle bei den Unternehmenssteuern schnell höher ausfallen können als prognostiziert, hat die USR II unlängst bewiesen. Entsprechend rasch muss Finanzdirektor Stocker reagieren, falls das auch bei der Steuervorlage 17 der Fall sein sollte.»

Roland Brunner

Kitas ist nicht ausgebildet. Diese Probleme sind hinreichend bekannt, und die Lösungen liegen auf der Hand. Es braucht mehr Geld und klarere Vorgaben für die Kitas, damit diese wirklich das bieten können, was sie sollen und was die Eltern von ihnen erwarten: qualitativ hochstehende fa-

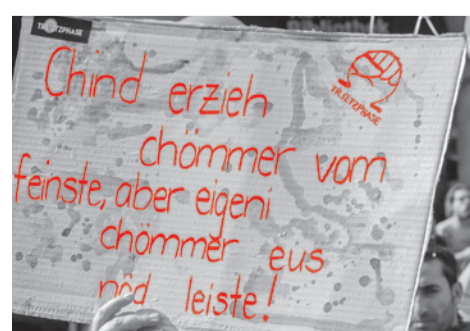


Bild: Florian Thalmann

### Kantonsrat will Kitas als Profitcenter

## Das Personal zahlt!

Der Zürcher Kantonsrat will «mehr unternehmerische Freiheit für Krippen» und hat ein entsprechendes Postulat der (rechts-)bürgerlichen Parteien überwiesen. Sie wollen weniger Vorschriften hinsichtlich Gruppengrössen und Qualifikation der Angestellten – reinster Hohn gegenüber dem Kitapersonal.

Die ErzieherInnen in den Krippen machen einen unerhört wichtigen und guten Job, aber sie machen ihn unter schwierigen Bedingungen: Die Betreuungsschlüssel sind zu knapp berechnet und die Finanzierung ist ungenügend, so dass sich viele Kitas mit unausgebildeten Praktikantinnen behelfen. Ungefähr die Hälfte des Personals in

## Fight for your Rights

Bei unserer täglichen Arbeit mit Mitarbeitenden aus Gesundheitssektor hören wir immer wieder: «Meine Arbeitsbedingungen sind Schei..., aber da kann man nichts machen.» Wenn der VPOD versucht die Kräfte zu bündeln und die Leute zu vernetzen, ist eine häufige Reaktion: «Da traut sich keine etwas zu sagen. Ihr könnt vergessen, dass die Leute sich öffentlich äussern.» Nur wenige wissen Bescheid über ihre Mitsprache- und Informationsrechte als städtische Angestellte.

Doch, wie der Frauen\*streik zuletzt deutlich gezeigt hat: Wir können uns organisieren und unseren Anliegen Gehör verschaffen. Es stimmt: Sich hinzustellen und sich zu wehren ist nicht einfach. Mit kühlem Kopf sachlich zu argumentieren und seine Rechte einzufordern, will gelernt sein. Der VPOD Zürich organisiert deswegen an zwei Abenden im November den Crashkurs «Fight for your Rights» für Mitarbeitende des Gesundheitswesens. Dort wollen wir allen, die von Umstrukturierungen und Ungerechtigkeiten betroffen sind, Werkzeuge zum kleinen oder grossen Widerstand in die Hand geben.



Bild: VPOD Zürich

### Der VPOD hilft ...

## Kleinpensen versichern!

Lange schloss das BVK-Vorsorgereglement aus, Lohnanteile von anderen Arbeitgebern mitzuversichern, wenn sie unter der Einkommensgrenze für eine obligatorische Versicherung liegen. Der VPOD ist der Meinung, dass eine Person, die kantonal angestellt ist und beispielsweise zusätzlich noch eine kleinere kommunale Anstellung besitzt (DaZ, Hort, Aufgabenstunde usw.) diesen Lohnbestandteil ebenfalls bei der BVK versichern können sollte. Seit dem 1. Januar 2019 ist dies dank des Einsatzes des VPOD möglich, aber nur sofern der Arbeitgeber einverstanden ist. Aus diesem Grund haben wir den Kontakt zu der Arbeitgeberin gesucht, bei der die Situation am häufigsten auftritt: Die Stadt Zürich. Tatsächlich fand der Vorschlag des VPOD beim Schul- und Sportdepartement und Stadtrat Filippo Leutenegger Gehör und auch unserer Bitte, dies rückwirkend zu ermöglichen wurde entsprochen. Damit können Lehrpersonen der Volksschule, der Fachschule Viventa und der Musikschule Konservatorium Zürich, die Kursleitenden des freiwilligen Schulsports sowie Therapeutinnen und Therapeuten von Logopädie und Psychomotorik unter bestimmten Bedingungen kleinere Lohnbestandteile mitversichern.

Wichtig: Für die Anmeldung zur freiwilligen Versicherung bedarf es der Zustimmung der jeweiligen Anstellungsinstanz (Präsidium der Kreisschulbehörde bzw. Dienstchefin oder Dienstchef). Gesuche um rückwirkende Aufnahme ab 1. Januar 2019 können bis 31. Oktober 2019 gestellt werden. Bei Fragen oder Schwierigkeiten können sich VPOD-Mitglieder bei [fabio.hoehener@vpod-zh.ch](mailto:fabio.hoehener@vpod-zh.ch) melden.

Fabio Höhener

Der Kurs besteht aus drei Blöcken: 1) Was ist eigentlich das konkrete Problem? Wer ist betroffen? Was soll sich ändern? Denn nur mit einer klaren Analyse der Ausgangslage ist es möglich, gezielt Forderungen zu stellen. 2) Dann ist es wichtig, dass ich meine Rechte kenne. Darum befassen wir uns mit den rechtlichen Grundlagen (Personalrecht der Stadt Zürich). 3) Im dritten Teil geht es um die Umsetzung: Wie sage ich's meiner/meinem Vorgesetzten? Gibt es den perfekten Zeitpunkt, die richtigen Worte, den richtigen Ton? Wie finde ich Verbündete? Wie plane ich eine Protestaktion?

Wehren wir uns gemeinsam gegen schlechte Arbeitsbedingungen!

Fiora Pedrina

*Möchtest du am Kurs teilnehmen, aber dir passt das Datum nicht? Dann kommen wir auch gerne zu dir in den Betrieb. Anmeldung, Fragen, Anregungen bei [fiora.pedrina@vpod-zh.ch](mailto:fiora.pedrina@vpod-zh.ch).*

### Budget Kanton Zürich 2020

## Es braucht Investitionen ins Personal

Zwei Tage nach der Abstimmung zur Steuervorlage präsentierte Regierungsrat und Finanzdirektor Ernst Stocker wieder einmal ein «ausgeglichen Budget». Unter dem Strich resultiert jedoch ein Minus von 12 Millionen Franken, das Fragen aufwirft.

Eigentlich auf einen Donnerstag geplant, hat Finanzdirektor Ernst Stocker den konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2020–2023 und den Entwurf des Budgets für 2020 erst am Dienstag, zwei Tage nach dem Abstimmungssonntag vom 1. September präsentiert. Die Aussicht auf rote Zahlen hätte bei der Zürcher Bevölkerung ein Nein zur kantonalen Umsetzung der Steuervorlage gestärkt. Damit müsste eine weitere Senkung der Unternehmenssteuern ohne sozialen Ausgleich vom Tisch sein.

Bezüglich der einfachen Staatssteuer hat sich bei der Finanzdirektion immer die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine Steuersenkung mit Mindereinnahmen von rund 140 Millionen Franken nicht zu verantworten sei. Angesichts des erfreulichen Bevölkerungswachstums und der steigenden SchülerInnenzahlen müssen die dringend notwendigen Stellen im Bildungs- und Gesundheitsbereich finanziert werden. Mit dem Erhalt der hohen Qualität des Service public durch das kantonale Personal profitiert die gesamte Zürcher Bevölkerung – statt nur ein paar Reiche. Damit aber der Bedarf nach ausgebildetem Personal in Zukunft gedeckt werden kann, muss der Kanton seine Attraktivität als Arbeitgeber steigern. Nur so können neue Fachkräfte gewonnen und bisherige erhalten werden. Dazu gehört auch das längst fällige Nachholen der Lohnentwicklung für alle Angestellte, bessere Versicherungsleistungen bei der Pensionskasse BVK und eine zusätzliche Ferienwoche auch für die erfahrenen Angestellten ab 50.

Roland Brunner

gentlich nur eine Antwort: Kitas müssen endlich Non-Profit-Unternehmen werden. Es ist nicht vertretbar, dass Unternehmen – übrigens gerade in Zürich immer mehr grosse Ketten – Subventionen der öffentlichen Hand erhalten und damit Gewinne generieren. Und nein: das wird nicht dazu führen, dass es keine Kitas mehr gibt. Schliesslich gibt es im Sozialbereich zahllose Non-Profit-Unternehmen, die gute und qualitativ hochstehende Arbeit leisten.

Die zweite Antwort lautet: Abwählen! Parteien, welche die Deregulierung von Kitas fördern – FDP, SVP, CVP, GLP –, nehmen bewusst in Kauf, dass der Kinderbetriebsberuf abgewertet statt aufgewertet wird. Das können wir nicht hinnehmen. Der VPOD Zürich und die Trotzphase haben vor drei Monaten die Petition «weil Kinder mehr Zeit brauchen» eingereicht. Florian Thalmann